

1. Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit muss ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik sein!

Kinder und Jugendliche bedeuten Lebensfreude, bringen frische Ideen und neuen Schwung und sind die Basis für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Daher muss die Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit eine wesentliche Messlatte für alle politischen Entscheidungen auch auf kommunaler Ebene sein. Dazu gehört es auch, möglichst gute Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Ganz nebenbei ist Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit auch ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität in einer Kommune, den es zu sichern gilt.

2. Außerschulische Bildung stärken!

Junge Menschen brauchen die bestmöglichen Startchancen in unserer Gesellschaft. Insbesondere die Ressource „Bildung“ ist dabei von maßgeblicher Bedeutung. Die Kommunen sind gut beraten, neben einer guten schulischen Infrastruktur auch gute Voraussetzungen für die außerschulische Bildung junger Menschen zu schaffen und nachhaltig sicherzustellen.

3. Kontinuierliche und verlässliche Förderung der Jugendverbände und -initiativen wie anderer Träger der Jugendhilfe sicherstellen!

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden aktueller Finanz- und Haushaltsprobleme sein und brauchen die bestmöglichen Startchancen in der Gesellschaft. Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder- und Jugendliche nicht gespart werden.

4. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit erhalten und bedarfsorientiert weiterentwickeln!

Zur Sicherung förderlicher infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden Jugendeinrichtungen (Jugendzentren, Jugendgästehäuser und andere Freizeiteinrichtungen für junge Menschen) erhalten und weiterhin gefördert werden. Diese sind zeitgemäß konzeptionell - unter Einbeziehung junger Menschen - zu pflegen und weiterzuentwickeln.

5. Förderung des ehrenamtlichen Engagements weiter ausbauen!

Jugendarbeit ist undenkbar ohne das ehrenamtliche Engagement der Jugendleiter-innen. Die Kultur des Dankeschöns und der gesellschaftlichen Anerkennung muss weiter ausgebaut werden. Kommunen können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten - durch eigene „Dankeschön-Veranstaltungen“, das Einwerben von Vergünstigungen bei der örtlichen Wirtschaft für Juleica-Inhaber-innen oder durch eine tatkräftige Unterstützung und Beratung der Ehrenamtlichen.

6. Junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen!

Die Belange von Kindern und Jugendlichen kann keiner besser vertreten, als sie selber. Daher sind junge Menschen und deren jugendpolitische Interessensvertretungen bei allen sie betreffenden politischen Entscheidungen angemessen und altersstufengemäß zu beteiligen. Die politischen Entscheidungsträger-innen sind aufgefordert, entsprechende Beteiligung grundsätzlich in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

7. Arbeit der Jugendringe zeitgemäß unterstützen!

Kommunale Jugendringe stellen eine wichtige Vernetzungsinstanz der freien Jugendarbeit und eine Plattform für die Interessen junger Menschen dar. Diese wichtige Funktion muss seitens der Kommunen anerkannt und durch eine angemessene finanzielle, materielle und personelle Unterstützung sichergestellt werden. Zumindest die Jugendringe auf Jugendamtsebene sollten durch die Jugendämter finanziell in die Lage versetzt werden, hauptamtliches pädagogisches Personal zu beschäftigen und die Aufgaben eines Jugendrings als „Raumausstatter“ für die Jugendarbeit wahrzunehmen.

8. Ganztagschule nur mit Jugendverbänden!

Die Konzeptionierung von Ganztagsschulangeboten darf nicht ohne die Beteiligung von Jugendverbänden erfolgen. Jugendverbände und -gruppen verfügen, im Gegensatz zu vielen anderen Anbietern an Ganztagschulen, über Aktive mit einer entsprechenden Ausbildung (Juleica) und gestalten die Angebote an den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen.

In der Diskussion muss Jugendarbeit als gleichwertiger Partner in die Diskussion mit einbezogen werden, eigene Vorstellungen einbringen können und die Rahmenbedingungen für eine Kooperation mit Schule mitbestimmen können.

9. Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen und fördern!

Junge Menschen brauchen eine klare (berufliche) Perspektive. Für eine solche Perspektive ist unverzichtbar, dass sie die Möglichkeit haben, im Anschluss an die Schule einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu wählen, der ihren Interessen entspricht.

Die Kommunen werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass in ihrer Region Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen werden. Dazu gehört es auch, in der Kommunalverwaltung Ausbildungsplätze zu schaffen und jungen Menschen nach der Ausbildung eine Perspektive zu eröffnen.

10. Integration stärken, Vorurteile abbauen, entschieden gegen Rechtsextremismus!

Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein. Die Diskussion um die Integrationsbemühungen und -erfolge im Frühjahr 2006 sowie die zunehmende Zahl der rechtsextremen Übergriffe macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Daher muss die Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter vorangetrieben werden. Dazu gehören neben entsprechenden Angeboten für Migrant-inn-en auch wohnungsbau- und sozialpolitische Weichenstellungen durch die Kommunalpolitik. Des Weiteren müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden sowie rechten und rechtsextremen Gedanken entgegengetreten werden.

11. Gender Mainstreaming und „Managing Diversity“ bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen verankern!

Menschen sind verschieden: Frauen und Männer, Schwarze und Weiße, Behinderte und Nichtbehinderte, Zugezogene und „Alteingesessene“, Bäcker und Ingenieure - sie alle haben unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten. Diese Unterschiede machen die Stärke einer Gesellschaft aus.

Deshalb ist es wichtig, dass diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen bedacht werden und ein Bewusstsein dafür entwickelt wird. Nur so ist es möglich, eine Gesellschaft zu entwickeln, in die sich jede-r mit ihren/seinen Fähigkeiten und Interessen einbringen kann.

12. Nachhaltig und ökologisch handeln!

Nachhaltiges, soziales und ökologisches Handeln verlangt gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen eine klare politische Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen.

Kommunen sollten dies bei der Bauleitplanung, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und bei der Entwicklung eines Leitbildes für die Kommune fest verankern. Z.B. indem ökologische Grundsätze in die Bauleitplanung einfließen, in öffentlichen Gebäuden Energiesparmaßnahmen ergriffen werden oder bei Stadtwerken auf umweltfreundliche Energieerzeugungsarten geachtet wird.